

# STADT HILDESHEIM

## 1. Änderung des Bebauungsplans EN 186 "Einumer Pfingstanger"

Vereinfachte Änderung gem. § 13 BauGB

ENTWURF

### Rechtsgrundlagen:

Für die 1. Änderung des Bebauungsplanes EN 186 "Einumer Pfingstanger" gelten:

- das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 08. Dezember 1986, geändert durch Gesetz vom 31. August 1990.
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO -) in der Fassung vom 23. Januar 1990, geändert durch Gesetz vom 31. August 1990.
- die Niedersächsische Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 06. Juni 1986, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. März 1990.

### § 1

#### Geltungsbereich

Der Geltungsbereich dieser Bebauungsplanänderung bezieht sich auf den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes EN 186 (sh. Übersichtsplan S. 1).

### § 2

#### Bestehende Festsetzungen

Die bestehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes EN 186 bleiben erhalten, soweit sie nicht durch die Festsetzungen des § 3 eine Änderung erfahren.

### § 3

#### Örtliche Bauvorschrift über Gestaltung (§ 98 NBauO)

1. Die maximal zulässige Traufhöhe beträgt 4,00 m. Die Traufhöhe ist an der Außenfläche der Außenwand von der natürlich gewachsenen Geländeoberfläche bis zum Schnittpunkt der Außenwand mit der Unterseite der Dachhaut zu messen.
2. Die Höhe von Drempeln ist auf maximal 80 cm begrenzt. Die Drempelhöhe ist an der Außenwand zwischen der Oberseite des Dachgeschoßrohfußbodens und der Unterseite der Dachhaut zu messen.



Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom .....). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.  
Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.

Hildesheim, den .....  
Stadtvermessungsamt

Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.

Hildesheim, den 13.12.1991

Stadtplanungsamt  


Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 09.12.1992 beschlossen. ~~Der Aufstellungsbeschluss wurde am ..... in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht. Die öffentliche Unterrichtung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom ..... bis ..... Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.~~  
Hildesheim, den 22.07.1992

Der Oberstadtdirektor  
Im Auftrage  


Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am ..... zugestimmt und die öffentl. Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Hildesheim, den .....

Der Oberstadtdirektor  
Im Auftrage

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom ..... bis ..... zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.  
Die Auslegung ist am ..... mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.  
Hildesheim, den .....

Der Oberstadtdirektor  
Im Auftrage

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen und Bedenken gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB geändert.  
Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am ..... der Änderung zugestimmt.

Hildesheim, den .....

Der Oberstadtdirektor  
Im Auftrage

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 18.05.1992 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigelegt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 22.07.1992

 Oberbürgermeister  
 Oberstadtdirektor  
(L.S.)

Der Bebauungsplan ist gem. § 11 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) am ..... angezeigt worden. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wurde gem. § 11 Abs. 3 BauGB unter Auflagen / mit Maßgaben / mit Ausnahme der durch ..... kenntlich gemachten Teile nicht geltend gemacht.

Hannover, den .....

Bezirksregierung Hannover  
Im Auftrage


Der Rat der Stadt ist den in der Verfügung vom ..... (Az. ....) aufgeführten Maßgaben/Ausnahmen in seiner Sitzung am ..... beigetreten.

Hildesheim, den .....

Der Oberstadtdirektor  
Im Auftrage

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens des Bebauungsplanes ist gem. § 12 BauGB (neueste Fassung) am 17.06.1992 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 17.06.1992 rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 23.07.1992

Der Oberstadtdirektor  
Im Auftrage  


Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungs-  
planes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvor-  
schriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes  
nicht geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 18.06.1993

Der Oberstadtdirektor  
Im Auftrage

Innerhalb von 7 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungs-  
planes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht  
worden.

Hildesheim, den 17.06.1999

Der Oberstadtdirektor  
Im Auftrage

